

HANSER

Wendemanöver

Ferdinand Kroh

Die geheimen Wege zur Wiedervereinigung

ISBN 3-446-40271-3

Vorwort

Weitere Informationen oder Bestellungen unter
<http://www.hanser.de/3-446-40271-3> sowie im Buchhandel

Einführung

Helmut Kohl ist der Kanzler der Einheit. Mit seiner Wiedervereinigungspolitik im Jahr 1990 hat er sich den Ehrenplatz unter den deutschen Kanzlern des vorigen Jahrhunderts verdient. Horst Teltschik, sein Berater, Rudolf Seiters, sein Minister im Kanzleramt, Hans-Dietrich Genscher als Außenminister sowie alle damit befassten Staatssekretäre und politischen Beamten haben mit der Vereinigung Deutschlands binnen eines halben Jahres eine unglaubliche Leistung erbracht. Doch war Helmut Kohl – wie es der Titel „Kanzler der Einheit“ schließlich nahe legt – ein Macher der Einheit? Hat er über die Jahre in dem Maße die Einheit befördert, wie es die von ihm und seinen Gefolgsleuten aufgestellte Legende behauptet?

Ein Image wird hinterfragt

Dieses Buch wird zeigen, dass Helmut Kohl nicht in genialer Weise seit dem Nachrüstungsbeschluss die Chance zur Einheit genutzt hat. Er hat nicht stets – wie andere Politiker, insbesondere der SPD – eine Anerkennung der DDR abgelehnt. Kohls Bereitschaft zur Anerkennung einer reformierten DDR unter der Bedingung der Reisefreiheit seit 1984 wird bis heute erfolgreich verschwiegen. Tatsächlich hat er von seinem Staatsminister Philipp Jenninger Verhandlungen führen lassen, die nichts anderes zum Ziel hatten: eine Konföderation zwischen der Bundesrepublik und einer demokratischen, sozialistischen DDR unter Öffnung der Mauer. Dass alle wesentlichen deutschen Akteure die Bereit-

schaft zur Anerkennung einer reformierten DDR leugnen, ist umso erstaunlicher, als ein solches Politikziel Mitte der 80er Jahre durchaus realistisch und erstrebenswert war, denn man konnte nicht davon ausgehen, dass die Sowjetunion freiwillig auf den militärisch-geopolitischen Status quo verzichten würde. Deshalb hätte eine solche Lösung der deutschen Frage auf beiden Seiten des Eisernen Vorhangs bei der Bevölkerung volle Unterstützung gefunden. Außerdem deckte sich eine solche Strategie mit den ersten Memoranden der osteuropäischen Denkfabrik „Swesda“ (deutsch: Stern), in welcher schon Anfang der 80er Jahre Politik- und Wirtschaftswissenschaftler wie auch erfahrene Westexperten des Ostblocks für die sowjetische und osteuropäische Außenpolitik neue Denkmuster entwarfen. Den Politikern des Ostblocks war längst klar geworden, dass sie vor allem wegen der kompromisslos antikommunistischen Politik Margaret Thatchers und Ronald Reagans im Begriff waren, den Kalten Krieg zu verlieren.

Kohl hat, im Gegensatz zu anderen deutschen und ausländischen Akteuren und Analysten, lange Zeit nicht begreifen wollen, dass die deutsche Frage seit 1986 wieder offen war und eine operative Wiedervereinigungspolitik möglich gewesen wäre. Helmut Kohl ignorierte 1987 und 1988 entsprechende Angebote von Gorbatschow und setzte sogar noch auf eine Konföderation, als der Zug – mit Gorbatschows Bonn-Besuch 1989 – längst in Richtung deutscher Einheit abgefahren war. Die Sozialdemokratie hat in diesen Jahren mit ihrer so genannten Nebenaußenpolitik, dem Schaffen von Abrüstungsmodellen und einer gesellschaftspolitischen Diskussion mit jenen Kräften in der DDR, die sich für Gorbatschows Wendepolitik einsetzten, aus ideologischen Gründen versucht, die DDR zu stabilisieren und konföderationsreif zu machen. Für sie wäre, wie es Willy Brandt 1989 gegenüber Michail Gorbatschow ausdrückte, eine Auflösung der DDR eine Niederlage für die Idee des Sozialismus auf deutschem Boden gewesen. Für Helmut Kohl dagegen waren es nicht gesellschaftspolitische Überlegungen, die ihn sogar noch nach dem Fall der Mauer in Richtung Zweistaatlichkeit trieben. Nach Erkenntnissen seines ehemaligen Parteisprechers Karl Hugo Pruys wollte sich der Bundeskanzler zu seiner Amtszeit keinen gesamtdeutschen Wahlen stellen.¹ Er hielt sie für die Union nicht für gewinn-

bar. In Westdeutschland befand sich die Union vor dem Fall der Mauer in der Krise und die Ostdeutschen, so meinte nicht nur der Kanzler, würden aus ihrer gesellschaftlichen Prägung heraus mehrheitlich sozialdemokratisch wählen. Nach Kohls Besuch in Moskau, im Oktober 1989, begann Bonn zwar eine verdeckte operative Deutschlandpolitik, die sich lediglich in die Aktivitäten der Großmächte einbettete, aber keine besonderen deutschen Interessen in Richtung Wiedervereinigung formulierte. Die Union wollte jene taktischen Grenzen nicht überschreiten, die der große sozialdemokratische Stratege, Berater und Unterhändler Willy Brandts, Egon Bahr, 25 Jahre zuvor entwickelt und ab 1969 umgesetzt hatte: Wandel durch Annäherung.

Briten und Amerikaner waren bereit, in den „weichen Unterleib der Sowjetunion“ vorzudringen und ihr in Polen und Afghanistan die Lebensadern abzudrücken. Sie bekämpften die post-stalinistischen Regime im Ostblock so hart, wie sie nur konnten, mit Aufrüstung und Kreditboykotten. Ziel der Westmächte waren die Vernichtung des „Reichs des Bösen“ und die Beseitigung des Eisernen Vorhangs. Am Ende dieses Kalten Kriegs musste die deutsche Wiedervereinigung stehen. Sie war seitens der Großmächte zunächst nicht das Ziel ihrer Politik, sondern logisches Resultat. Zum Ende der Wendemanöver wurde sie sogar von der Regierung Bush zum obersten strategischen Mittel.

Das Leben der DDR wurde verlängert

Bonn und Ost-Berlin haben zum Erstaunen ihrer Alliierten das Letzte gegeben, damit die Wiedervereinigung so spät wie möglich passierte. Bonn hat Ost-Berlin bis zur Unerträglichkeit hofiert. Egon Bahrs mutige Politik des „Wandels durch Annäherung“, die vor Jahrzehnten eine absolut unverzichtbare Voraussetzung für die Wende in Europa war, verkam zu einer leisetretischen Politik des Sich-in-die-Realitäten-Fügens. Noch kurz vor Kohls Besuch in Dresden, in der Vorweihnachtszeit, trafen sich sein Berater Horst Teltschik und der geheime langjährige DDR-Unterhändler im Wendemanöver Jürgen Nitz, um das Projekt einer Konföderation, das so genannte „Machbare“ zu besprechen.² Sie vereinbarten ein Anslusstreffen just für jene Tage im Januar

1990, in denen der KPdSU-Generalsekretär Michail Gorbatschow und sein Geheimdienstchef Wladimir Krjutschkow sich über die Wiedervereinigung schon klar geworden waren.

Mit Krediten wurde das Leben der DDR seit 1983 künstlich verlängert, als die Sowjets einen Zusammenbruch der DDR nicht mehr hätten verhindern können. Damals wollten die USA eine politische Instabilität in Mitteleuropa aus strategischen Gründen verhindern. So konnte der angebliche „Kanzler der Einheit“ zum Interessenwahrer jener Wirtschaftskreise in Deutschland werden, die mit der Teilung des Landes unter den besonderen, zollfreien Bedingungen des innerdeutschen Handels Geschäfte in der Bundesrepublik und der Europäischen Gemeinschaft machten: Handelskonzerne, Elektronikkonzerne, Lebensmittelhändler, die ihre Profite durch die sehr viel billigeren Löhne und Produktionskosten im Osten zusammenrafften, die noch niedriger waren als heute in den neuen EU-Staaten Osteuropas. Bonn unterstützte auch jene Industriebranchen, die durch illegale Techniktransfers das Lieferembargo für westliche Hochtechnologie in den Osten durchbrachen.

Zu den Mauergewinnlern gehörte der „Rosenheimer Kreis“ der bayerischen Fleischhauer Moxsel und März, hinter denen wichtige führende Politiker der CSU standen. Am 10. Juni 1985 ließ der damalige CSU-Vorsitzende Franz Josef Strauß über seinen geheimen DDR-Verhandlungspartner Alexander Schalck-Golodkowski folgende Botschaft übermitteln: „Meine politischen Freunde und ich sind froh darüber, dass Herr Honecker als Staatsratsvorsitzender und Parteichef die Geschicke der DDR leitet. Wir wünschten, es möge noch viele Jahre so sein.“³ Und aus der Bayerischen Staatskanzlei von Theo Waigel kam Ende 1988 die Mitteilung nach Berlin, die DDR möge sich doch hoffentlich nicht auch noch in das Chaos hineinziehen lassen, das ein gewisser Herr Gorbatschow in der Sowjetunion anrichtet. Alle vernünftigen Politiker der Bundesrepublik wären gerade jetzt an einer stabilen DDR interessiert.⁴

In der Vorweihnachtszeit 1988, wenige Wochen nach dem Ableben von Franz Josef Strauß, trafen sich der stellvertretende DDR-Kulturminister Klaus Höpke und der Strauß-Vertraute Peter Gauweiler. Der stramme Rechtsaußenpolitiker der CSU richtete

dem DDR-Politiker im Namen des bayerischen Ministerpräsidenten Max Streibel aus, dass München an der Fortsetzung der guten Beziehungen zur DDR interessiert sei.⁵

Das waren diskrete Mitteilungen von Politikern, die in der Öffentlichkeit als die kältesten Krieger und Kommunistenfresser der Bundesrepublik galten. Milliardenkredite ohne nennenswerte Gegenleistungen im humanitären Bereich, innerdeutscher Handel zu Discountpreisen und illegaler Bruch des High-Tech-Embargos gegenüber dem Ostblock waren die Standbeine der hinter ihnen stehenden wirtschaftlichen Kreise. Egon Bahrs geniale Politik des „Wandels durch Annäherung“ degenerierte zu einem „Handel durch Anbiederung“.

Amerikaner und Sowjets wollten die deutsche Frage lösen

Solange auf westlicher und sowjetischer Seite die wesentlichen Akten zum angeblichen Schutz der handelnden Persönlichkeiten oder aus Staatsinteresse gesperrt sind, wird die volle Wahrheit über die Wende nicht darstellbar sein. Interviews mit den Hauptbeteiligten gehen über die bekannte „Sachlage“ nicht hinaus. Zu den geheimdienstlichen Tätigkeiten werden keinerlei Informationen herausgelassen. Weder die USA noch die ehemaligen Sowjets wollen, dass ruchbar wird, wie lange sie schon an der Wende gebastelt haben. Die damaligen Reformkommunisten des Ostblocks würden sich der Gefahr aussetzen, als Verräter an der eigenen Sache dazustehen, und der Westen, wie die ehemaligen Sowjets, könnten den Eindruck schwer vermeiden, dass die Wende keineswegs nur eine Sache von Reformern, Bürgerrechtlern und Perestroikianern war, sondern vor allem das Resultat konspirativer und geheimdienstlicher Wühlarbeit, ohne die es eine Wende nie gegeben hätte. Schnell könnten sich Verschwörungstheorien bilden. Hier lag aber keine Verschwörung vor, sondern ein langwieriger und komplizierter Politikprozess, dessen Ziel von beiden Seiten unter völlig unterschiedlichen Interessenlagen öffentlich formuliert war: die Beendigung des Kalten Kriegs. Während die Amerikaner das Sowjetimperium damit zu Fall bringen wollten, war es das Ziel der Sowjets, ihr Reich mit derselben Strategie zu retten.

In der Öffentlichkeit ist völlig unbekannt, dass es gerade wegen der langfristig angelegten Wendepolitik der USA seit Mitte der 80er Jahre ein gemeinsames sowjetisch-amerikanisches Geheimdienstprojekt mit den Decknamen „Gawrilow“ gegeben hat. Regelmäßig trafen sich amerikanische und sowjetische Geheimdienstexperten, um operative Probleme zu besprechen, um Unklarheiten zu bereinigen. Die „Operation Gawrilow“ war eine der Aktionen, die notwendig waren, damit das passierte, was den Amerikanern seit Ende der 40er Jahre vorschwebte: das Sowjetimperium so einstürzen zu lassen, dass die Sowjetunion, ohne einen Schuss abzufeuern, „im Bett stirbt“⁶, wie es Condoleezza Rice so treffend beschrieben hat. Leider wird der operative Inhalt des Geheimprojekts weiter im Dunkel bleiben, weil die Akteure es so wollen.

Keine der bisherigen Veröffentlichungen zeigt ein Gesamtbild. Die meisten Darstellungen der Akteure sind von bewussten Auslassungen gekennzeichnet. Sie verschweigen, worüber nicht gesprochen werden soll, oder sie widersprechen sich sogar. Kritik an der lauen westdeutschen Wendepolitik äußern nur amerikanische Autoren wie Condoleezza Rice und Philip Zelikow. Als Mitglieder und Mitarbeiter des Nationalen Sicherheitsrates der USA hatten sie Einblick in die falsche Analyse und die daraus resultierende Untätigkeit der Bonner Regierung. Was soll man von Aussagen der im Zentrum des Geschehens beteiligten Politiker halten, wenn sie wichtige Ereignisse im Ablauf des Geschehens schlicht aussparen und eine Berichterstattung verhindern wie im Fall des strikt geheim gehaltenen Kanals zwischen Kanzlerberater Horst Teltschik und dem wichtigsten Berater Gorbatschows, Anatoli Tschernajew? Was soll man davon halten, wenn der Inhalt des Vier-Augen-Gesprächs zwischen Kohl und Gorbatschow in Bonn, wie ein halbes Jahr zuvor in Moskau, nach wie vor im Archiv liegt und nicht zugänglich ist? Nicht auflösbare Widersprüche gibt es zuhauf. Ein Beispiel: Der engste Berater Gorbatschows, Alexander Jakowlew, hat im März 2005 in Berlin auf einem Symposium erklärt, er habe in der Nacht des Mauerfalls zweimal mit dem Generalsekretär der SED, Egon Krenz, telefoniert. Eine hochinteressante Mitteilung, da Michail Gorbatschow in dieser Nacht in Moskau nicht erreichbar gewesen war, denn er

hatte angeblich angeordnet, in seiner Nachtruhe nicht gestört werden zu wollen, was einer der unglaublichsten Vorgänge der Wendegeschichte ist. Auf Nachfrage des Autors wenige Tage später wollte Jakowlew sich zu dem Gesagten nicht mehr äußern. Egon Krenz aber hat dem Autor mitteilen lassen, er habe in der Nacht des Mauerfalls nicht mit Jakowlew telefoniert. Einer sagt die Unwahrheit. Die Wahrheit über die Wende soll nicht ans Licht kommen, aus welchen Gründen auch immer.

Den deutschen Legendenbildnern ist es gelungen, auch jene Geheimgespräche zwischen west- und ostdeutschen Unterhändlern, die schon seit 1980 liefen, zu verschweigen. Vertrauliche Verhandlungen von Wirtschaftlern, Diplomaten und Politikern der beiden Blöcke beweisen, dass es schon geraume Zeit „Drahtzieher“ einer Neuordnung für Deutschland und Europa gab, die auf Eigeninitiative oder im Auftrag der politischen Führer in Ost und West handelten. Nicht im konspirativen, verschwörerischen Sinn, aber im Sinne von Geheimdiplomatie und strategischem Vordenkertum.

Zwischen Bonn und Ost-Berlin gab es konspirative Kontakte und Gespräche, gegen den Willen der Sowjets, die eine Lösung des innerdeutschen Konflikts über die Köpfe der jeweiligen Alliierten hinweg vorsahen. Die politischen Führungen verhielten sich zu den Geheimtreffen und diskreten Konferenzen, die in der Schweiz, auf den Messen in Hannover und Leipzig, in DDR-Interhotels, in konspirativen Wohnungen des BND im Raum Bonn oder auf Ost-West-Wirtschaftsforen wie in Bad Ischl oder Wien stattfanden, widersprüchlich.

Brisant ist der heimliche Verrat, den die Bundesrepublik an den öffentlich erklärten Interessen und Strategien des westlichen Bündnisses beging, um der DDR beim Embargobruch zu helfen: Die DDR betrieb mit dem Ministerium für Staatssicherheit (MfS) zur Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Situation illegale Importe von hochsensiblen Hochtechnologiewaren, deren Lieferung an den Ostblock seitens des westlichen Bündnisses verboten war. Dabei halfen dem MfS sogar israelische Mossad-Agenten. Aussagen von Haupttätern der MfS-Hauptabteilung XVIII gegenüber Ermittlern der ZERV (Zentrale Ermittlungsstelle für Vereinigungskriminalität bei der Kripo Berlin) und der Staats-

anwaltschaft, Erkenntnisse von BND und Verfassungsschutz sowie geheime Unterlagen der bundesdeutschen Untersuchungsausschüsse belegen eine weit gefächerte westdeutsche Mittäterschaft. Die Unterlagen des MfS über diesen Personenkreis, die dem BND von MfS-Agenten zugespielt wurden, sind bis heute unter Verschluss. Kaum ein Täter ist nach der Wende angeklagt und verurteilt worden. Die allermeisten Verfahren wurden eingestellt oder auf dem Wege einer kalten Amnestie erledigt, indem man für dermaßen knappe Kapazitäten bei Kripo und Staatsanwaltschaft sorgte, dass nicht genügend Raum für Ermittlungen blieb. Ebenso behindert wurden die Ermittlungen im Milliardencoup, dem Jahrtausendgeschäft mit der Wiedervereinigung. Mindestens zwölf Milliarden Euro, der Großteil der von der DDR erwirtschafteten Devisen, die mit der Wiedervereinigung Eigentum der Bundesrepublik geworden wären, sind in dunklen Kanälen verschwunden, organisiert von alten SED-Seilschaften, zum Teil in Kooperation mit bundesdeutschen und ausländischen Kollaborateuren. Bis heute ist die Rolle, die der ehemalige SED-PDS-Vorsitzende Gregor Gysi bei dem Verschwinden von 25 Milliarden Mark spielte, unbekannt. War er „nur“ an jenem „Putnik-Deal“ 1990 beteiligt, wo es um über 100 Millionen Mark ging?

Ein besonders brisanter Aspekt in diesem Zusammenhang ist die wahrscheinliche Instrumentalisierung der Terroristenorganisation RAF im Falle der Attentate auf den Direktor im Auswärtigen Amt Gero von Braunmühl, den Chef der Deutschen Bank Alfred Herrhausen und den Treuhandchef Karsten Rohwedder, die im Zusammenhang mit dem Wendegeschehen stehen. Ein geheimdienstlicher Hintergrund, der zum Teil zur Staatssicherheit der DDR führen könnte, ist denkbar. Die Tathergänge und ihre Resultate lassen eine Planung und Durchführung der Morde durch die RAF unglaublich erscheinen, auch wenn sie im Vorfeld des Rohwedder-Mordes eingebunden war, was Spuren unstrittig bezeugen. Die Bundesanwaltschaft kann eine alleinige Täterschaft der RAF nicht darlegen, ermittelt offiziell aber nicht in andere Richtungen. Aus der Bundesanwaltschaft verlautet, dass die – offiziell unbekannt – Akten, die Unterlagen über andere mögliche Täter im Fall Herrhausen beinhalteten, verschwunden sind. Offiziell soll offenbar nichts an der RAF-Urheberschaft rütteln.

Tatmotive werden aufgedeckt

Das Buch nennt keine Täter. Vielmehr geht es darum, die Modelle und die Schemata aufzuzeigen, nach denen höchstwahrscheinlich gehandelt wurde. Aufgabe des Journalisten kann nicht sein, nach möglichen Tätern zu fahnden, sie zu suchen oder ausfindig zu machen. Der Journalist hat sich jeglicher öffentlichen Denunziation zu enthalten. Vielmehr geht es darum, jene Arbeit zu leisten, zu der die ermittelnden Behörden – wahrscheinlich aus innenpolitischen und außenpolitischen Motiven – nicht in der Lage waren: Es geht um die Arbeit des Profilers. Es wurden offensichtlich jene Analysen unterdrückt, die normalerweise zur Aufklärung eines jeden Mordes beitragen: die Erstellung eines Täterprofils, zu dem ein mögliches Motiv gehört. Die Frage „Cui bono – wem nützt es?“ ist ermittlungstechnisch in diesen Fällen zumindest öffentlich nie gestellt worden.

Dieses Buch ist keine wissenschaftliche Untersuchung, der jahrelange akademische Archivarbeit für die Suche und Auswertung nach Dokumenten zugrunde liegt. Es ist vielmehr ein journalistisches Buch. Es schildert auf der Basis von Interviews, die sich in die schon beschriebene Zeitgeschichte einfügen, die Erlebnisse von beteiligten Zeitzeugen. Nicht nur interessant, sondern oft auch brisant sind die größtenteils unbekanntesten Dokumente, mit denen diese Erzählungen und Berichte unterfüttert sind. Darüber hinaus hat der Autor das getan, was auch Geheimdienste in aller Welt zu hochinteressanten Informationen führt: Er hat „geschnippelt“. Über 90 Prozent der Arbeit der Geheimdienste, sei es nun CIA, Mossad, BND oder welche Dienste auch immer, besteht aus „Schnippeln“, also dem Zusammensetzen von Meldungen über einen längeren Zeitraum, die zueinander gehören, so dass sich zum Schluss wie in einem Puzzle ein Gesamtbild ergibt. Nicht umsonst war das unbefugte Sammeln von Informationen in der DDR unter Strafe gestellt.

Das „Beweismaterial“

Hintergrund dieses Buches, das im zukünftigen Spiegel der Zeitgeschichte noch längst nicht erschöpfend sein kann, bilden

Recherchen seit der Wendezeit, Untersuchungen in Archiven, die Auswertung von schon erfolgten Veröffentlichungen, Dokumenten und Bewertungen der zahlreichen Untersuchungsausschüsse, Interviews mit Politikern, Diplomaten, Ermittlern, führenden Geheimdienstlern, Wirtschaftlern und Wissenschaftlern, die im Wendeprozess europaweit involviert waren, die Auswertung von staatsanwaltlichen und polizeilichen Akten sowie Interviews mit den staatlichen Untersuchungsorganen und schließlich die Bereitstellung von Dokumenten durch die ZERV.

Keiner der für dieses Buch interviewten deutschen Entscheidungsträger war sich zu schade, zu beteuern, er hätte von dem, was sich seit 1986 ankündigte, keinen blassen Schimmer gehabt. Nicht nur Horst Teltschik und Wolfgang Schäuble, die großen Strategen des Bundeskanzleramtes, die Vordenker des „Kanzlers der Einheit“, ließen in ihren Gesprächen keine Gelegenheit aus, zu betonen, wie sie von der Geschichte angeblich überwältigt wurden. Nicht einmal an eine Konföderation hätten sie gewagt, zu glauben.

Folgt man ihren Beteuerungen, so stehen sie mindestens noch die nächsten zehn bis 15 Jahre, bis sich die Archive öffnen – soweit diese nicht gesäubert wurden, was wegen der Brisanz des Themas durchaus denkbar ist – als Gespürlose, Blinde und Taube der Zeitgeschichte da, statt an der Aufklärung einer zehnjährigen Geheimdiplomatie mitzuwirken, an der sie mit Sicherheit teilgenommen haben. Gorbatschow selber hat geäußert, es gäbe ein letztes großes Geheimnis um die Wiedervereinigung und er hat es bis heute nicht gelüftet. Wird er es je lüften?

Um ein solches Buch zu recherchieren, muss man mit Zeitzeugen reden, die ihren Namen in der Öffentlichkeit nicht preisgeben wollen, aus privaten Gründen, weil sie sich bedroht fühlen, oder aus Loyalität gegenüber ihren ehemaligen Vorgesetzten. Für diese Gesprächspartner gilt natürlich Quellenschutz. Aus allen ihren Informationen lässt sich ablesen, dass wir über die Hintergründe der Wiedervereinigung und wirklichen Motive ihrer Akteure nicht viel wissen. Hierfür zwei wichtige Beispiele: Ein deutscher Unternehmer, der schon lange im Sowjet-beziehungsweise Russlandgeschäft tätig ist und auf dem Treffen Helmut Kohls mit Gorbatschow in Moskau 1988 zum Kreis der Gäste gehörte,

hat glaubwürdig versichert, dass Generalsekretär Gorbatschow Bundeskanzler Kohl im Vier-Augen-Gespräch die Wiedervereinigung – allerdings unter der Voraussetzung der Neutralität – angeboten hat. Dies hat der anwesende sowjetische Dolmetscher Iwan Kurpakow indirekt dem ehemaligen CDU-Parteisprecher, Karl Hugo Pruys, bestätigt. Kohl lehnte angeblich ab, wobei die beiden sich sogar in die Haare geraten sein sollen. Der Kanzler hat dieses Angebot nie aufgegriffen, um mehr daraus zu machen. Ein zweites Beispiel, das in diesem Buch nicht weiter vertieft wird: Einem im internationalen Geschäft stehenden deutschen Kunstverleger wurde vor einiger Zeit aus Schweizer Bankkreisen, die zu seinen Kunden gehören, über diverse Milliardentransaktionen aus den USA berichtet, die etwa ein Drittel des damaligen jährlichen CIA-Etats ausmachten. Diese Summen seien angeblich während und nach der Wende als Bestechung für Persönlichkeiten aus dem Ostblock in der Schweiz deponiert worden, damit die Wende friedlich über die Bühne ging. Bei dieser brisanten vertraulichen Information wurde betont, dies sei doch für den Zusammenbruch des gesamten Sowjetimperiums recht preiswert gewesen. Sollten der Umstand und der Betrag stimmen, so war die Wende wirklich preiswert, auch wenn die astronomisch erscheinende Summe uns Normalsterblichen unglaubhaft erscheint. Dagegen machen sich die mindestens 50 Millionen Dollar, die angeblich durch die CIA zum Vatikan geflossen sein sollen, damit Papst Johannes Paul II. seine Aufgabe für das Herausbrechen Polens aus dem Ostblock erfüllen konnte, geradezu bescheiden aus. Mit Sicherheit ist die Rolle Karol Józef Wojtylas bis heute nicht ausreichend erforscht – und wann die Vatikan-Archive, die geheimsten der Welt, sich öffnen werden, ist ungewiss. Ohne diesen Papst wäre die Weltgeschichte anders verlaufen. Und sicher ist auch: Wer die Kontrolle über die Beichtstühle hat, der besitzt den bestinformierten Geheimdienst der Welt.

Geschichte wiederholt sich

Ein Blick in die Geschichte zeigt, dass sich so manches wiederholt: Fürst Bismarck musste in einer geheimen Korruptionstransaktion im Jahre 1871 an König Ludwig II. von Bayern

4,72 Millionen Mark zahlen, damit dieser zustimmte, dass Wilhelm I. die Kaiserkrone des neu zu gründenden Deutschen Reiches tragen durfte. Diese Summe zahlte der Reichskanzler aus seinem „Reptilienfonds“, der sich aus dem Besitz des heute noch mächtigsten deutschen Adelshauses finanzierte, der Welfen. Nach heutigem Wert wären dies nach Auskunft der Bundesbank 245 Millionen Euro, also eine halbe Milliarde Mark.